

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,65 Mt.;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
 (Vierzig Dunder)
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
 Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 82.

Berlin, Mittwoch, 21. Oktober 1908.

Vierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein falscher Schluß. — Feindliche Brüder. — Unge-
 meine Kundschaft. — Gewerkevereins-Zell. — Verbands-
 Zell. — Literatur. — Anzeigen-Zell.

Ein falscher Schluß.

Es ist ein beliebiger Trick der Scharfmacher, alle diejenigen Arbeiter als Sozialdemokraten zu bezeichnen, die sich erlauben, mit Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Der Zweck ist klar. Man glaubt auf diese Weise, ängstliche Gemüter, denen schon das Wort „Sozialdemokratie“ Schrecken einflößt, leichter für sich einnehmen zu können. Solchen Leuten verursacht auch nicht die sogenannte politische Arbeiterbewegung Sorgen, sondern die gewerkschaftliche. Man weiß auf jener Seite sehr wohl, daß so lange es Menschen mit natürlichen Fehlern und Mängeln gibt, der Zukunftstaat eine Utopie ist, während eine in vernünftigen Bahnen wandelnde wirtschaftliche Arbeiterbewegung der Arbeiterschaft wirkliche Vorteile bringen kann, vielleicht zu einem kleinen Teile auf Kosten des Unternehmergewinns. Aus dieser Anschauung heraus kann man es sich auch erklären, weshalb die Scharfmacher diejenigen Leute aus den Kreisen, die selbst nicht zur Arbeiterschaft gehören, mit besonderem Haß verfolgen, welche die wirtschaftliche Arbeiterbewegung als notwendig und nützlich anerkennen und ihr deswegen ihre Unterstützung angeheißeln lassen. Dieser Haß tritt gerade in letzter Zeit besonders deutlich hervor, wo durch den Verlauf des Nürnberger Parteitages mit aller Deutlichkeit dokumentiert worden ist, daß innerhalb der Sozialdemokratie tiefe Risse vorhanden sind, die auf eine frühere oder spätere Spaltung dieser Partei hindeuten. Wir teilen da ausnahmsweise einmal die Ansicht der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, die in ihrer letzten Nummer schreibt:

„Der Marxismus... weilt unter den Intelligenzen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mehr und mehr an Boden. Das ist darum vollst. erklärlich, weil die Arbeiter selbst doch immerhin nur vorübergehend der rein theoretischen Erwägung ein Übergewicht über das praktische Bedürfnis des Tages einräumen werden. Den unentwegten Anhängern der marxistischen Lehre aber gilt das Heute nichts, das Morgen alles. Nun, da es sich herausstellt, daß die Grundpfeiler ihrer Wissenschaft mehr und mehr ins Wanken geraten, beginnt demgemäß auch das blindgläubige Vertrauen, welches ihre Gefolgschaft auf die Unfehlbarkeit ihrer Behauptungen setzte, allmählich zu schwinden, und es wächst der Einfluß der Elemente, welche erklären, daß die Bewegung alles, das Ziel nichts sei. So ist denn erklärliche Neugierde vorhanden, daß die Revolutionärsidee, deren Träger die unentwegten Marxisten in erster Linie waren, allmählich zugunsten der Evolutionärsidee deponiert wird. Das bedeutet des weiteren den Sieg der Gewerkschaftler über die Partei, als deren einziger oder zum wenigsten hauptsächlichster Zweck die baldmöglichste Verwirklichung der Forderungen des kommunistischen Manifestes zu gelten hatte.“

Soweit, wie gesagt, können wir uns der Meinung des Blattes anschließen; nicht aber teilen können wir die Schlußfolgerungen, die daraus gezogen werden. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ nämlich erblickt gerade in dieser Entwicklung eine große Gefahr. Denn dadurch werde ein wirtschaft-

licher Radikalismus gefördert, der der Industrie und dem Gewerbe teuer zu stehen komme, als der politische Radikalismus es jemals vermocht hätte. Die Gefahr bestehe nämlich, daß diese gemauserte Arbeiterbewegung sich nicht nur der Unterstützung des liberalen Bürgertums, sondern auch der Gönnerschaft der Regierungen zu erfreuen hätte. Schon heute gebe es Leute, die trotz aller „Aufklärungsversuche seitens des Unternehmertums“ die Klagen der Arbeitgeber über die ihnen auferlegten Lasten als unberechtigt hinstellen. Man brauche nur an Professor Adolf Wagner in Berlin zu denken, der in einem kürzlich veröffentlichten Artikel die Behauptung aufgestellt hat, daß durch die Arbeiterversicherung den Unternehmern nicht eine neue Last zugewälzt worden sei, sondern vielmehr nur das Privileg, früher gewöhnlich niedrige Löhne gezahlt und dadurch zu kleine Arbeitskosten getragen zu haben, entzogen worden ist. Ueber diese unserer Meinung nach durchaus zutreffende Bemerkung, hilft sich die „Arbeitgeber-Zeitung“ mit der billigen Ausrede hinweg, daß sich eine ernstliche Widerlegung nicht verlohne. Offenbar weiß das Blatt nicht, was es dazu sagen soll. Jedenfalls haben nach seiner Meinung die Unternehmer alle Ursache, der neuen Entwicklung der Dinge, dem wirtschaftlichen Radikalismus der Gewerkschaftler mit Sorge entgegenzusehen, denn dieser „Neomarxismus“ müsse viel gefährlicher werden, da er der tatsächlichen Entwicklung nicht mehr geradezu ins Gesicht schlägt und darum der breiten Masse plausibler erscheint.

Mit anderen Worten fürchtet das Scharfmacherblatt, daß die Arbeiterbewegung, wenn sie losgelöst ist von allem politischen Beiwerk und sich in rein wirtschaftlichen Bahnen bewegt, dem Unternehmertum viel gefährlicher sein wird. Das ist insofern richtig, als eine rein neutrale Arbeiterbewegung eher umfände ist, die soziale Gleichberechtigung der Arbeiterschaft durchzusetzen, als es heute möglich ist, wo politische und religiöse Momente ihre unheilvolle, zersplitternde Wirkung unter den Arbeitern ausüben und dadurch die Stofkraft der gesamten Bewegung abschwächen. In den Deutschen Gewerkevereinen ist dieser Gedanke von jeher zum Ausdruck gekommen, weshalb sie auch stets die Notwendigkeit der partei- und kirchenpolitischen Neutralität betont haben. Wir wünschen deshalb die Entwicklung, welche die „Arbeitgeber-Zeitung“ fürchtet. Wir sind der Ueberzeugung, daß sie allein die Arbeiterschaft in den Stand setzt, ein ebenbürtiges Gegengewicht dem geschlossenen Unternehmertum gegenüber zu schaffen. Da aber beide Faktoren, Kapital und Arbeit, auf einander angewiesen sind, einer ohne den anderen nicht existieren kann, werden sie versuchen, auf dem Boden der Verständigung und Gleichberechtigung ihre Vorteile wahrzunehmen. Das wird allerdings häufig geschehen auf Kosten des Unternehmergewinns. Deshalb aber wird die Industrie noch lange nicht zugrunde gehen. Diese Klagen hört man schon so lange, wie es eine Arbeiterbewegung überhaupt gibt. Trotzdem hat die Industrie einen gewaltigen, erfreulichen Aufschwung genommen, der auch nicht gelegnet werden kann, weil zur Zeit der gegenwärtigen Krise die Dividenden hier und da etwas knapper bemessen werden. Viel schwerer hat darunter die Arbeiterschaft zu leiden. Andererseits aber ist die Arbeiterfrage doch auch nicht allein eine Lohnfrage. Viele andere Probleme kommen

dabei noch in Betracht. Auch sie werden am besten gelöst werden, wenn Unternehmertum und Arbeiterschaft sich gleich stark und geschlossen gegenüberstellen und erkennen, daß der Weg der Verständigung für beide Teile der vorteilhaftere ist. Wir zweifeln nicht, daß noch mancher Kampf ausgefochten werden muß, bis diese Erkenntnis sich allgemein Geltung verschafft hat. Aber wir sind der Ueberzeugung, daß diese Zeit kommen wird und damit das Prinzip der Deutschen Gewerkevereine zur allgemeinen Anerkennung gelangt.

Feindliche Brüder.

Im Saarrevier wie überhaupt im Trierer Bezirk tobt seit längerer Zeit ein Kampf zwischen den katholischen Fachabteilungen (Sitz Berlin) und den christlichen Gewerkschaften, wie er scharfer nicht gedacht werden kann. Wer bis dahin mit einem gewissen Gefühl der Ehrfurcht in katholischen Pfarrhäusern ein- und ausging, wer eine streng katholische Erziehung hinter sich hat, der kann hier sonderbare Studien machen, denn es ist unglaublich, mit welcher Schmeideigkeit die Geisteskräfte selbst in diesen Kampf eingreift, welche Waffen gebraucht werden, und wie jede Neußerung der einen Seite von der anderen als Angriffspunkt ausgenutzt wird.

Jede von beiden Richtungen hat in Saarabien eine eigene Tageszeitung. Die „Saar-Post“ steht den inkonfessionellen christlichen Gewerkschaften, die „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung“ den Berliner katholischen Fachabteilungen zur Verfügung. Da ist es nun ein Schauspiel für Götter, zu sehen, wie der eine immer noch frommer, noch kirchentreuer und noch rechtsläufiger sein will als der andere. Jeder will die Religion schützen, und beide merken nicht, wie gerade die soviel angelegte unter diesem ganzen Haß und Stank zu leiden hat.

Dabei unterläuft dann auch manches Menschliche, und anscheinend tritt überhaupt nicht eher Ruhe ein, als bis verschiedene, besonders stark beteiligte Personen zurückgezogen werden. Geschieht das nicht, so gibt es einen Kampf auf Leben und Tod, der erst mit der völligen Unterdrückung bzw. Verdrängung der einen oder anderen Richtung endet. Klar und scharf genug ist es von beiden Seiten ausgesprochen, daß „die ganze Richtung“ nicht gefällt und ausgerottet werden muß.

Bereits am 23. Juli d. J. protestierte eine Versammlung katholischer Vergleute in Sulzbach gegen eine Neußerung des Herrn Dekanten Kansen durch folgende Resolution:

„Die anwesenden katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften weisen den Vorwurf zurück, sie bekämpften die katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) wie Voltaire die katholische Kirche bekämpft hat; ganz besonders weisen wir den Vorwurf zurück, wir betrachteten diese Vereine als Kuchlöse, die ausgerottet werden müßten.“

Das ist deutlich! Der Vorwurf, gegen den sich die Christlichen wehren, kommt aber nicht von ungefähr. Er hat seinen Grund in Neußerungen der Gewerkschaftsführer, die zum Teil bestimmt erklären: „Mit den Berlinern gibt es keine Verständigung, dann noch eher mit den Sozialdemokraten.“ Da es nun für einen guten Katholiken selbstverständlich ist, daß er die Sozialdemokraten ausrotten möchte, so ist die Annahme der Berliner wohl nicht ganz unbegründet.

Zum besseren Verständnis der Persönlichkeit des oben genannten Herrn Dekanten sei folgende Stelle aus der „Söln. Volksztg.“, dem führenden Zentrumsblatt, zitiert, die bei Beurteilung eines

einige Jahre zurückliegenden Falles folgendes ausführte:

Herr Dekant Haner liess sich in vorerwähnter Stunde von „Intr. Katholiken“ Begeisterung überreichen. Es war eine Rede in dem jüdischen bekannten Volkssammlungsstift, der auf die Mass-Insulte rechnet wie Am. Saluz dann noch die Bemerkung: Es gibt eine Zeit zum Reden, aber auch eine Zeit des Schweigens“.

Es gibt aber noch einen anderen redseligen, streifbaren geistlichen Vorkämpfer der katholischen Fachabteilungen im Saarrevier, der in diesem Zusammenhang genannt werden muß: Herr Dr. Royer. Dieser soll sogar die Windthorstbünde, das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften als vom Modernismus angegriffen dargestellt haben, und ein christlicher Gewerkschaftssekretär macht ihm den Vorwurf, er hätte am 26. Juli, wie schon so oft, die christlichen Gewerkschaften von der Kanzel herunter in der bestialischen Weise angegriffen. Sowohl die Rede des Herrn Dekanten Hanen als auch die des Herrn Dr. Royer riefen dann in den saarabischen Zentrumsblättern einen wahren Berichtungsfeldzug hervor. Es war die Zeit des Schreibens statt des Schweigens nach dem Reden gekommen.

Das alles ist aber noch nichts gegenüber der neuesten Erscheinung in diesem Kampfe, dem „Fall Giesberts“. Herr Giesberts hatte sich in einer Verlesung in Hagen gewehrt gegen die vielen Vorwürfe, die sich die christlichen Gewerkschaftsführer wegen ihrer Aeusserungen auf dem internationalen Kongress in Jülich gefallen lassen mußten. Nebenbei bemerkt, war auch dieser „Fall Jülich“ ein gefundenes Fressen, um im katholischen Wälderwald ein unheimliches Rauschen auszulösen.

Ueber die Verteilung gegen die Angriffe ging Herr Giesberts aber noch hinaus; er teilte Siebe nach der Seite der katholischen Fachabteilungen aus und behauptete u. a.: Im Saarrevier sei katholischen Arbeitern die Absolution verweigert worden wegen ihrer Mitgliedschaft in den christlichen Gewerkschaften. Dazu kommt nun noch eine Aeusserung der „Neunkirchner Volksztg.“, in der es heisst: „Giesberts habe Dinge festgesetzt, die zwar den Beteiligten sehr unangenehm sind, aber an der Saar zu den offenen Geheimnissen gehören, daß nämlich den katholischen Fachabteilungsgeistlichen (ansehend eine besondere Spezialität. Der Verfasser.) in ihrem Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften jedes Mittel recht sei und sie unter Umständen sogar den Weichtstuhl zu Hilfe nehmen. Und weiter: Kanzel und Weichtstuhl seien leider Gottes oft genug zum Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften benutzt worden, nicht nur in dem einen von Giesberts angesprochenen Falle.“

Das ist allerdings stark! Hier beiderseitigen katholische Gewerkschaftsführer in aller Form die Tatkraft der Ausnutzung von Kanzel und Weichtstuhl zu ungehörigen Zwecken.

Das entsetzt nun einen wahren Entrüstungssturm in der „St. Johann-Saarbrüder Volksztg.“. Bereits am 25. September eröffnete dieses Blatt den Kampf mit einer kurzen Notiz, in der es als ausgeschlossen hingestellt wird, daß Herr Giesberts eine solche oder auch nur ähnliche Aeusserung getan haben könnte. Weiter wurde die Ueberzeugung ausgesprochen, Herr Giesberts werde schon für Richtigstellung sorgen. Dann folgte am 1. Oktober ein 2 1/2 Spalten langer Artikel, in dem festgestellt wird, die erwartete Richtigstellung sei nicht erfolgt; dagegen sei in Trier am 29. September in einer neuen Verlesung zugegeben worden, daß in Hagen eine solche Aeusserung gefallen sei und sogar aufrechterhalten wurde. Dann aber geht es los:

Es ist also Tatsache, daß Herr Giesberts den ungeheuerlichen Vorwurf aufgestellt habe. Bisher war es der traurige Ruhm unserer Gegner, unbewiesene und unbeweisbare Weichtstuhlagereien an die Öffentlichkeit zu bringen, daß ein katholischer Abgeordneter, ein Vertreter des katholischen Volkes, ein Zentrumsabgeordneter, dasselbe tat, ist etwas bisher Unbekanntes. Herr Giesberts war es vorbehalten, zuerst die Praxis der Feinde der katholischen Kirche nachzuahmen“.

Dann wird an das katholische Volk und an die Katholiken Essens appelliert, deren Vertrauen schmächtig mißbraucht sei. „Diese Aeusserung ist die häßlichste Blüthe, die der uneliche Gewerkschaftsstreit bisher im Saarrevier hervorgebracht hat“ usw.

Es folgte dann eine lange Erklärung des Abgeordneten Giesberts am 5. Oktober und als Krönung des Ganzen ein 8 Spalten füllender Artikel unter der Ueberschrift „Der Fall Giesberts“, am 7. und 8. Oktober. Alles in allem ein interessanter Fall, dem die „Volksztg.“ bisher insgesamt einen Raum geliehen hat, der in Spaltenbreite aneinandergerichtet fast vier Meter Länge erreicht. Der Schlußsatz des Artikels vom 1. Oktober gipfelt in der Aufforderung an die katholische

Presse, die katholische Bevölkerung und die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, gegen die von Herrn Giesberts ausgestoßene Verdächtigung der katholischen Geistlichkeit des Saarreviers laut und energisch Protest zu erheben. Besonders der „Saarpost“ wird dies dringend aus Herz gelegt, und den in den christlichen Gewerkschaften organisierten Katholiken wird angeraten, besondere Protestversammlungen gegen Giesberts abzuhalten, um so zu beweisen, daß man gleichzeitig christlicher Gewerkschafter und doch ein guter katholischer Arbeiter sein will.

Am Ende des Artikels vom 8. Oktober wird dann gesagt: „Wir sind doch heueria, ob jetzt endlich die „Saarpost“ sich auf ihren so oft betonten katholischen Charakter besinnen und ein deutliches Wort für dieses Kesseltreiben gegen den Klerus und den hochw. Herrn Bischof finden wird.“ Das letztere bezieht sich auf eine bereits oben zitierte Aeusserung der „Neunkirchner Volksztg.“, die in einer, angeblich von der Leitung des christlichen Bergarbeiter-Gewerksvereins inspirierten Zeitschrift ausführt, daß eine Weisung von der bischöflichen Behörde gegen die mißbräuchliche Benutzung des Weichtstuhls keinen Zweck hat. Diese „ungeheuerliche“ Behauptung wird als der gemeinste Streich hingestellt, der jemals gegen den Trierer Bischof geführt wurde.

Alles das scheint aber noch nicht recht zu wirken. Die „Saarpost“ berichtet am 13. Oktober, daß am Sonntag, den 11. Oktober 29 Versammlungen stattgefunden hätten, überall herrsche große Arbeitsfreudigkeit usw., wie ja die Christlichen es immer verstehen, möglichst günstig von sich selbst zu berichten. Dabei sei bemerkt, daß die Gesamtzahl der Versammlungen in den Tagen des Abwehrumzugs nicht weniger als 51 betrug. Bezeichnenderweise war für den Sonntag und die folgenden Tage das ganze Heer bekannter Agitatoren aufgebaut. Effert, Behrens, Wieber, Stegerwald, die vielen örtlichen Führer, und schließlich auch Herr Giesberts selber sprachen in vielen Versammlungen und kamen so den Fachabteilern zuvor, die mit den geplanten Protestversammlungen noch keinen Anfang gemacht hatten. Solche Schneidigkeit hatten sie nicht erwartet.

Nun fand am 13. Oktober abends in St. Johann eine Versammlung statt, in der Giesberts das Thema „Grundrissliches über die christliche Gewerkschaftsbewegung und ihre kulturelle Bedeutung“ behandelte. Anschlagzettel verkündeten das große Ereignis; die „Volkszeitung“ selbst forderte zu gutem Besuche an in der Erwartung, Giesberts werde seine Anschuldigungen zurücknehmen. Kurz, alles deutet auf eine Generalabrechnung hin. Die Versammlung war ziemlich gut besucht und dauerte bis 1 Uhr nachts. Ansehend ist der Erfolg auf Seiten der Christlichen. In letzter Stunde waren alle Größen zur Hauptaktion eingetroffen und nacheinander redeten sechs christliche Führer. Giesberts stellte fest, daß gerade in den Saarstädten die Bewegung im Rückstande sei. Uebrigens habe er in Hagen nicht von einer Absolutionsverweigerung gesprochen, sondern von einer Verweigerung des Gnadenmittels an sich, für die er untrügliche Beweise habe. Die Vertreter der Fachabteilungen brachten auch nichts Neues bei. Das Resultat ist also: der Kampf geht weiter.

Ob sich beide Richtungen je als gleichberechtigt anerkennen werden, ist mindestens fraglich. Ansehend wird weiter mit allen Mitteln gearbeitet, um dem Gegner das Feld abzugraben. Ab und zu werden dann die Spuren dieses Kampfes als Niederschlag in der Presse zu beobachten sein. Aber das Kampffeld wird verschoben, es geht jetzt Mann gegen Mann.

Es ist überflüssig, hier nochmals unsern Standpunkt klarzulegen. Das ganze Durcheinander ist eben eine Folge davon, daß überhaupt die berufliche Arbeiterorganisation mit anderen Fragen verquickt wird. Die Führer beider Richtungen sind auf falschem Wege. Es ist unmöglich, den Grundfalsch hochzuhalten, der von den Berlinern wie folgt formuliert wird: Für Katholiken sind Papst und Bischof auch in wirtschaftlichen Fragen Autorität, die Religion muß, wie alles andere, auch die wirtschaftlichen Fragen durchleuchten. Aber auch der „christliche“ Grundfalsch, die Arbeiter auf dem Boden der christlichen Weltanschauung zu organisieren und auf diesem Boden die Kämpfe zu führen, ist nicht festzuhalten. Der unpersonliche Kapitalismus und das moderne Unternehmertum kümmern sich um beide Grundfalsche nicht. Im Kampfe mit ihnen sind die Gehebe der wirtschaftlichen Entwicklung und die beiderseitigen Machtverhältnisse maßgebend. Danach muß sich auch die Arbeiterbewegung richten. Die Religion gehört nicht in sie hinein, sondern ist Sache

des Gemüths, des Glaubens. Um ihrer selbst willen sollte man sie in den Wirtschaftskämpfen aus dem Spiele lassen. Die Führer der Arbeiterbewegung aber sollen alles tun, um jede Verletzung der religiösen Gefühle zu vermeiden. Es sind gerade genug Schwierigkeiten zu überwinden, wenn man die Arbeiter organisieren und bessere Verhältnisse schaffen will. Da braucht die Religion nicht noch neue Hindernisse zu schaffen. Gerade die wahre Religiosität kann nur gewinnen, wo die Arbeiter frei und selbstbewußt auftreten können. Im Saarrevier ist es noch nicht so weit; aber es muß und wird auch hier besser werden. J. E.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 20. Oktober 1908.

Der 8. internationale Arbeiterversicherungskongress hat vergangene Woche in Rom stattgefunden. Es waren damals 23 Länder vertreten, darunter zum ersten Male offiziell auch England, ferner u. a. Australien, Neu-Seeland, Japan, China, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und auch die südamerikanischen Staaten. Wie ein Kongreßteilnehmer dem „Berliner Tagebl.“ mitteilt, zeichnete sich der Kongress vor allem seinen Vorgesangern dadurch aus, daß die Praktiker und Interessenten, d. h. die Vertreter der Versicherungsträger, der Anstalten und Kassen, die Ärzte und Beamten ungemein stark vertreten waren. Das Deutsche Reich hatte den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Geheimrat Dr. Kaufmann, sowie mehrere andere hohe Beamte des Reichsversicherungsamtes entsandt; auch eine Anzahl Wissenschaftler, Ärzte und Krankenfallsvertreter nahmen an den Beratungen teil. Ueber die Begrüßungsfeier darf hier hinweggegangen werden. Die erste wissenschaftliche Sitzung beschäftigte sich mit dem Bericht über die Entwicklung der Arbeiterversicherung in den letzten 3 Jahren. Neues ist nur in Oesterreich durch die Privatbeamtenversicherung geschaffen worden. Daneben verdienen die Altersrentengesetze des australischen Bundes und Großbritanniens besondere Beachtung. Zu lebhaften Auseinandersetzungen führte die Frage des ärztlichen Dienstes in der Arbeiterversicherung, in der die Meinungen für die freie Arztwahl und für das Kassenarztsystem sich scharf gegenüber standen. Dabei kam auch die Frage der Simulation zur Sprache, deren Häufigkeit und Gefahr nach Ansicht mehrerer Ärzte bedeutend überschätzt wird. Völlige Uebereinstimmung herrschte in den Ansichten über die Ausbildung der Beamten in der Arbeiterversicherung. Folgende vom Referenten verfaßte Leitätze, denen sowohl der Vertreter des Reichsversicherungsamtes, als auch die organisierten Kassenbeamten zustimmten, fanden einstimmige Annahme:

1. Vermehrung der Vorlesungen über Versicherungsweisen an allen Hochschulen des Deutschen Reiches unter gleichzeitiger Einrichtung von praktischen Übungen;
2. In den juristischen Prüfungen ist das Versicherungsweisen, insbesondere das Recht der Arbeiterversicherung, regelmäßig zu berücksichtigen, wenn möglich auch dahin zu wirken, daß die Universitätsvorlesungen über Versicherungsweisen als Zwangsvorlesungen bezeichnet werden;
3. In dem juristischen Vorbereitungsdienst ist eine dreimonatliche Beschäftigung bei einer Landesversicherungsanstalt mitaufzunehmen, um den Juristen einen Einblick in das Sozialrecht zu gewähren;
4. Die bereits bei dem königlichen Seminar für Versicherungswissenschaft an der Universität Göttingen bestehende Prüfung für Versicherungsfachverwalter ist einschließend der Seminareinrichtung auch an einigen anderen Universitäten, namentlich aber in Berlin einzuführen und muß mit der Berechtigung der Geprüften auf vorzugsweise Berücksichtigung bei der Anstellung im Dienste der Arbeiterversicherung ausgestattet werden;
5. Seitens des Reichsversicherungsamtes, der Landesversicherungsämter, großer Berufsvereinigungen und Krankenkassen sind nach dem Muster Oesterreichs Unterrichtskurse zum Zwecke der Fortbildung der Angestellten der Versicherungsämter und Kassen einzurichten. Die Kurse sollen zur Vorbereitung für die von allen wichtigen, nicht akademisch gebildeten Beamten fakultativ oder obligatorisch abzulegenden Prüfungen dienen.

Auch der Referent, der für die Errichtung von Lehrstühlen für soziale Medizin an den Universitäten warm eintrat, fand mit seinen Vorschlägen, von einigen Einzelheiten abgesehen, lebhaft Zustimmung.

Eine Zählung der Arbeitslosen soll am 17. November vom Statistischen Amt der Stadt Berlin veranstaltet werden. Zu diesem Zweck hat sich der Direktor dieses Amtes mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung gesetzt und sie um ihre Unterstützung gebeten. Von unserer Seite hat der Kollege Klein an den Vorbereitungen teilgenommen. Die christlichen Gewerkschaften haben auf die Einladung überhaupt nicht geantwortet, offenbar, weil sie sich für zu unbedeutend in Berlin halten.

Die Zählung ist so gedacht, daß die Arbeitslosen sich in bestimmten Lokalen zu einer in die reguläre Arbeitszeit fallenden Stunde melden. Dadurch hofft man die Gefahr von Falschmeldungen zu beseitigen und gleichzeitig die vollständige und einheitliche Erfassung des Formulare, sowie auch die richtige Erfassung der schwierigen Grenzfälle der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. Als Zähllokale sind die Gemeindefeulen ins Auge gefaßt. Als Zähler sollen Lehrer tätig sein, denen Mitglieder der beteiligten Organisationen, d. h. in diesem Falle der Deutschen Gewerkschaften und freien Gewerkschaften, zur Seite stehen werden. Es werden im ganzen einige hundert Personen nötig, und es darf wohl erwartet werden, daß auch aus den Kreisen unserer Kollegen sich recht viele freiwillige Hilfskräfte zur Verfügung stellen. In den Zählbüros sollen sich die Arbeitslosen mit Legitimationspapieren, insbesondere der Anwaltsvereinsbescheinigungen, einfinden und die Fragekarten mündlich beantworten. Die Zählung der männlichen Arbeitslosen soll in der Zeit von 8—12 Uhr, die der weiblichen von 12—3 Uhr stattfinden. Den Arbeitern soll eventuell für ihre Hilfeleistung eine Entschädigung von 3 Mk. gewährt werden. Uebrigens ist beabsichtigt, dergleichen Zählungen von jetzt ab regelmäßig viermal im Jahre vorzunehmen.

Unternehmerrrorismus. Der bekannte glückliche Wind wehte unserm Sekretariat im Saarrevier ein Zirkular zu, das folgenden Wortlaut hat:

Arbeitgeberverband der Saarindustrie.

Es ist der in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Agitation tätigen Personen im Saargebiet. Nr. 14 217, den 14. Oktober 1908.
Es folgen 8 Namen mit genauer Angabe von Geburtsort und Datum, dann eine Fußnote, die besagt: „Diese Arbeiter wurden am 16. Oktober 1908 von der Burbacherhütte wegen gewerkschaftlicher Agitation gefänglich.“
Dann folgen, wie vorstehend, weitere 6 Namen, die dazugehörige Fußnote lautet:
„Diese Arbeiter wurden am 16. September von der Burbacherhütte wegen gewerkschaftlicher Agitation entlassen.“

Die Träger der Namen sind sämtlich saarabische Ureinwohner, also keine von auswärts zugezogenen „Heher“. Die Annahme liegt nahe, daß es sich um einen letzten Rest von Mitgliedern des „christlich-sozialen“ Metallarbeiterverbandes handelt, der bei dem berühmten Burbacher Streik unter dem ebenso berühmten Führer Wernerus eine Niederlage erlitt und viele Leute auf der Strecke lassen mußte. Das Schriftstück zeigt die Art und Weise, wie die Verklebung vorgeht, um diesen Arbeitern das weitere Fortkommen im Saarrevier unmöglich zu machen. Jeder weitere Kommentar würde die Wirkung nur abschwächen.

Arbeiterbewegung. Die Bewegung der Kesselschmiede bei der Firma Böhner in Kengsdorf dauert unverändert fort. — Bei der Firma C. Reinländer in Plettenberg stehen die Metallarbeiter schon einige Wochen im Streik. Trotz ihres Entgegenkommens weigert sich die Firma, auf die Bedingungen der Arbeiter einzugehen. Der Kampf dauert infolgedessen fort.

In Rom sind Differenzen mit den Bäckergesellen ausgebrochen, die zu einer allgemeinen Auslieferung geführt haben. Militärärzte sind an Stelle der Auslieferungsbefähigt. — Über 10 000 Arbeiter sind in Messina in den Streik getreten.

Die Einführung von Jugendgerichtshöfen wird bekanntlich durch die geplante Reform der Strafprozessordnung vorgehen. Um jedoch die Sache möglichst zu beschleunigen, beabsichtigt das Justizministerium schon vorher die wichtigsten lobenswerten Einrichtungen einzuführen. Wenn auch die darüber veranfalteten Erhebungen noch nicht bekanntgegeben sind, so rednet man in Sachsen doch damit, daß wenigstens an den größten Gerichten in Dresden und Leipzig schon am 1. Januar mit der Einrichtung von Jugendgerichtshöfen begonnen wird.

In Wopern, wo dieselben schon bestehen, ist ein weiterer Fortschritt insofern zu verzeichnen, als jetzt durch Ministerialverordnung im Strafverfahren gegen Jugendliche Frauen als Verteidiger zugelassen werden, um die Gefahren einer Hauptverhandlung von den Jugendlichen abzuwenden. Uebrigens ist man auf diesem Gebiete uns im Auslande weit vorausmarschiert; immerhin aber ist auch diese späte Erkenntnis mit Freuden zu begrüßen.

Wie die Landarbeiter im Osten wohnen, weist die „Medizinische Reform“ aus dem Verlage der Zentralabteilung des preussischen Kultusministeriums

für das Jahr 1905 nach. In der Zeitschrift heißt es da u. a.:

„Im Regierungsbezirk Allenstein gab es eigentliche Schmitterhäuser kaum. Die Wanderarbeiter, deren Zahl keine geringe ist, wurden vielfach in Scheunen untergebracht, wobei oft eine Trennung der Geschlechter nicht stattfand. Auch im Regierungsbezirk Posen genügen die Massenwohnungen landwirtschaftlicher Arbeiter meist nicht den polizeilichen Anforderungen. Fehlen von Krankenstuben kam häufig vor. Auch die Quartiere des Arbeitergutes Stolpe, auf dem eine Reihe von Cholerafällen ausbrach, waren stark überfüllt und hatten nicht die vorgeschriebene Krankenstube. Oft fehlte es bei den Arbeiterwohnhäusern auf den Gütern an jeder Abortanlage, einmal mangelte es auch bei einer königlichen Domäne daran. Im Kreise Regenwalde wurden die hölzernen Baracken der Bahnstreckenarbeiter vom Kreisarzt untersucht. Dabei fand sich, daß der Schlafraum zu stark belegt, das Lagerstroh unsauber war, Waschgelegenheit und Aborte fehlten. Im Regierungsbezirk Köslin wurden den ausländischen Arbeitern vielfach bedeutliche Quartiere zur Unterkunft angewiesen, tatellos waren nur die in Streckentin und Warmin. Im Regierungsbezirk Straßburg wurden die Massenquartiere für die Saisonarbeiter wegen der häufigen Verschleppung ansteckender Krankheiten häufig von der Polizei überwacht. Im Regierungsbezirk Bromberg herrschten noch vielfach große Unreinlichkeiten, besonders im Kreise Wittkowo. In manchen Gegenden wurden die ausländischen Arbeiter nicht zusammen untergebracht, sondern auf einzelne heimische Familien verteilt. Diefem Verfahren war eine Ausbreitung der Pocken, die von den Russen fast in jedem Jahre eingeschleppt werden, zu danken. Auch in Schlesien herrschten vielfach noch große Unreinlichkeiten. Von Schleswig-Holstein wird bemerkt, daß es mit der Trennung der Geschlechter noch vielfach schlecht bestellt ist. Auf einem Hof im Kreis Hadersleben hausten in einem geräumigen Zimmer drei Ehepaare mit Kindern und ein junger Mann. Eine Frau war eben entbunden, während eine andere kurz vor der Entbindung stand. Auch aus dem Westen der Monarchie wurde manches recht Unerfreuliche berichtet. Doch richten sich dort die hauptsächlichsten Klagen nicht gegen den baulichen Zustand der Wohnungen, sondern gegen die Verwahrlosung und Unreinlichkeit, die in ihnen herrscht, wenn sie von polnischen und anderen slavischen Arbeitern bewohnt werden.“

Daß es in den letzten zwei Jahren wesentlich besser geworden ist, darf kaum angenommen werden. Da braucht man sich aber auch nicht zu wundern, wenn die Herren Agrarier fortwährend über Leute-Not klagen.

Ein interessanter Beitrag zur Frage der gesetzlichen Regelung des Tarifvertragswesens liefert ein vor Kurzem gefälltes Urteil des Gewerbegerichts Hannover. Es handelte sich um die Klage eines Gerüstbauers gegen einen Gerüstbauunternehmer auf Zahlung einer Lohnentschädigung wegen Entlassung ohne Kündigung und eines rückständigen Lohnzuschlages für achtzig Ueberstunden. Am 27. März 1907 wurde zwischen dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Ortsgruppe Hannover, Sektion Gerüstbauer, einerseits und dem Beklagten andererseits ein Lohn- und Tarifvertrag abgeschlossen, wonach u. a. für Ueberstunden ein Lohnzuschlag von 10 Pfg. pro Stunde gezahlt werden sollte. Der Tarif war geschlossen für die Zeit vom 1. April 1907 bis zum 31. März 1908 und verlängerte sich um ein weiteres Jahr, falls er nicht mindestens einen Monat vorher von einer der beiden Parteien gekündigt wurde. Eine Kündigung hatte von keiner Seite stattgefunden. Im Herbst vorigen Jahres streikten die Arbeiter des Beklagten, da dieser einen Arbeiter entlassen hatte, der sich beim Aufstellen eines Gerüsts als unzuverlässig erwiesen haben soll. Seit dem 21. Mai d. J. wurde der Kläger, der dem genannten Zentralverbande angehört, bei dem Beklagten beschäftigt und am 3. August ohne Kündigung entlassen. Er forderte nun, da die Kündigungsfrist eine zweitägige war, 9 Mk. Lohnentschädigung für 2 Tage und 8 Mk. Zuschlag für 80 Ueberstunden. Der Beklagte war vom Kläger in schwerer Weise beleidigt worden, weshalb seinem Antrage auf Abweisung des Klägers mit der Entschädigungsforderung, entsprechend § 123 Ziffer 5 der Gewerbeordnung, entsprochen wurde.

Der Beklagte wollte aber auch die 8 Mk. Lohnzuschlag für Ueberstunden nicht zahlen. Er meinte, der Tarifvertrag vom 27. März 1907 sei für ihn nicht mehr bindend, da seine Arbeiter im Herbst v. J. gestreikt hätten, somit vertragsbrüchig geworden seien. Nach Beendigung des Streiks seien die Arbeiter unter ganz neuen Bedingungen aufgenommen und dabei ein Lohnzuschlag für Ueberstunden nicht vereinbart worden. Außerdem sei dem Kläger bei der ersten Lohnauszahlung erklärt worden, daß der Zuschlag nicht mehr graßt werde.

Das Gewerbegericht beurteilte aber den Beklagten zur Zahlung der 8 Mk. für Ueberstunden. Der Vorsitzende, Gerichtsassessor Dr. Warmbold, führte zur Begründung aus: Die Entschädigung wegen des vom Kläger geforderten Zuschlages für Ueberstunden hänge davon ab, ob der Tarifvertrag noch galt oder nicht. Eine Befreiung des Beklagten vom Tarif sei durch den Streik seiner Arbeiter (sona des- wegen nicht eingetreten, weil nicht etwa die

Streikenden, sondern der Zentralverband Vertragspartei beim Tarifvertrag war. Der Einwand des Beklagten, er habe im Gegensatz zum Tarif mit dem Kläger Nichtzahlung des Zuschlages für Ueberstunden vereinbart, betreffe ebenfalls nicht vom Tarif. Das Gewerbegericht vertrete den Standpunkt, daß sowohl der kollektive Tarifvertrag, bei dem die Mehrheit der vertragsschließenden Arbeiter nicht organisiert und nur zum Zwecke des Vertragsabschlusses zusammengetreten ist, wie auch der korporative Tarifvertrag, bei dem die Arbeiter, wie im vorliegenden Falle, eine Organisation sind, die einen rechtsfähigen oder nicht rechtsfähigen Verein bildet, durch einen Individualvertrag nicht abgeändert werden können.

Verein für Volksunterhaltungen. Am Sonntag, den 25. Oktober, abends 7 Uhr, findet als 372. Veranstaltung im Göttsaal des Kunstgewerbe-Museums, Prinz Albrechtstraße Nr. 7—8, ein Projektionsvortrag über: „Unsere Möbel“ von Herrn Dr. B. Jessen, Direktor am Kunstgewerbe-Museum, statt.

Gewerbetreibens-Teil.

§ Bunzlau. Am 15. Oktober fanden hier selbst die Stadtverordnetenwahlen statt, nachdem die Wahlen des vorigen Jahres wegen vorgetommener Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt worden waren. Wir hatten dieses Mal die Genugtuung, daß einer unserer Kollegen, der Vorsitzende des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, August Stiller, als Kandidat aufgestellt war und durch die Unterstützung der bürgerlichen Parteien mit einer Mehrheit von 200 Stimmen gewählt worden ist. Sein Mandat gilt zunächst für 6 Jahre, und wir haben die feste Ueberzeugung, daß der Kollege Stiller sein Amt gewissenhaft ausüben und zum Nutzen und Segen der hiesigen Arbeiterschaft tätig sein wird. Es wäre erfreulich, wenn auch an anderen Orten unsere Verbandskollegen versuchen, Mandate für die Stadtverwaltung zu erhalten, damit sie dort die Forderungen unserer Organisation auf kommunalem Gebiete mit Nachdruck vertreten können.

Heinrich Meter, Schriftführer.

§ Essen-Ruhr. Das Auftreten der Genickstarre im Schienenwalzwerk der Firma Krupp und die Maßnahmen zur Verhütung der Weiterverbreitung der Krankheit geben zu einigen kritischen Bemerkungen Anlaß. Wenn die Schuld teils den Arbeitern in die Schuhe geschoben werden soll, so ist dies unrichtig. Was sein, daß auch unter den Arbeitern viele die nötige Reinlichkeit vermissen lassen. Die Hauptschuld für die Verbreitung von Krankheiten aber trägt die Firma selbst, da sie den sanitären Einrichtungen zu wenig Beachtung schenkt. Die Vorgesetzten haben offenbar zuviel mit der Befämpfung der Organisationsbestrebungen der Arbeiter zu tun. Viel dienlicher wäre es, wenn man für bessere Umkleie- und Speiseräume, sauberes Trinkwasser, bessere Reinigung der Aborte und auch der Werkstelle sorgte. Die Umkleieräume werden von den Arbeitern häufig als Ställe benützt. Eine Luft herrscht in ihnen, daß die Arbeiter froh sind, wenn sie wieder hinaus können. Das Dach ist dabei undurch und durch die Verschütterung vom Schläge der Dampfhämmer fällt häufig der Fannepuspen den Arbeitern in das Essen; denn auch als Getränke müssen die Umkleieräume dienen. Die Dfenleute haben überhaupt keine Umkleieräume. Auch mit dem Trinkwasser sieht es traurig aus. Wenn der damit beauftragte Arbeiter keine Zeit hat, den Wasserbehälter zu erhalten, dann machen die Arbeiter das Wasser mit ihren schmutzigen Händen selbst zurecht. Als einmal ordentliche Reinlichkeit gefordert wurden, antwortete der Obermeister: „Polladen können aus dem Klumpen (Holzschuh) trinken“. Die Waschorrüttung liegt mitten im Bau, so daß die vom Schweiß durchnästen Arbeiter beim Waschen der kalten Zugluft ausgesetzt werden. Zu alledem kommt noch ein furchtbares Husten und Fegen, wodurch die Kräfte der Arbeiter aufs äußerste angepannt werden. Jetzt, wo die Krankheit ausgebrochen ist, werden allerlei Schutzmaßnahmen getroffen. Aus den Schränken, wenn man sie so nennen darf, die früher niemals gereinigt wurden, werden haufenweise alte Lumpen und Dreck weggeschafft. Ferner ist vorgeschrieben, daß der Arbeiter jede Woche in einem reinwaschenden Anzug erscheinen soll, widrigenfalls er von der Arbeit zurückgemessen werden kann. Dagegen läßt sich durchaus nichts einwenden. Nur wäre es zu wünschen, daß auch die Herren Meister diese Vorschrift an sich selbst beobachten. Erforderlich ist auch unbedingt, daß die Aborte und Klosets besser gereinigt und instand gehalten werden. Vor allen Dingen aber ist es notwendig, daß für bessere Ventilation gesorgt wird, denn das jetzt den Arbeitern vorgeschriebene Duschwasser ist bei dem Qualm der Hölle keineswegs ausreichend, um Krankheiten zu verhüten. Alle löstliche wären diese Einrichtungen wahrlich nicht, und an Selbst, sie durchzuführen, fehlt es der Firma doch wohl ebensowenig. Gesundheitsliche Zustände für die Arbeiter zu schaffen aber sind die besten Wohlfahrtsmaßnahmen. Andererseits sollten die Arbeiter des Schienenwalzwerks aber auch endlich erkennen, daß man nicht durch Liebelitenei und durch das Buhlen um die Gunst der Vorgesetzten sich anständige Arbeitsverhältnisse erwirbt, sondern nur durch die tatkräftige und ehrliche Mitarbeit in der Berufsorganisation. Wie die Feuerarbeiter es zum großen Teil verstanden haben, durch den Anschluß an die Organisation eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen, so sollten auch die noch außen stehenden Arbeiter endlich zu der Erkenntnis gelangen, daß sie nur durch den Zusammenschluß mit ihren Berufskollegen günstige Arbeitsbedingungen erringen können. Der Gewerksverein der

Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter wird jedenfalls stets bereit sein, die Rechte und die Interessen seiner Mitglieder energisch zu unterstützen und wahrzunehmen.

H. L. G. G. In einer am 16. Oktober abgehaltenen Versammlung der Gemeindeglieder hielt der Vorsitzende des Ortsverbandes, Kollege Stein, einen Vortrag über: Die Stellung des Gewerkschaftsvereins in der Arbeiterbewegung und im öffentlichen Leben. Nach reifer Diskussion konstituierte sich ein Ortsverein der Gemeindeglieder. Geld zur Ausbreitung ist vorhanden, und gibt der Geist von Vorstand und Mitgliedern die Gewähr für ein gutes Gelingen.

K. R. Zur Feier des 40-jährigen Bestehens der Deutschen Gewerkschaften veranstaltete der Ortsverband am Sonntag, den 11. Oktober, einen Unterhaltungabend, welcher sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Das eigentliche Fest wurde durch einen stimmungsvollen Prolog eingeleitet. Die Festrede hatte der Bezirksleiter der Maschinenbauer, Kollege Hehnert-Olewig übernommen, der eingehend die Gründung unserer Organisation und ihre weitere Entwicklung schilderte. Der Vortrag, der von hoher idealer Begeisterung für unsere Sache getragen war und scharf den Standpunkt unserer Organisation in der Arbeiterbewegung klarlegte, wurde mit vielem Beifall aufgenommen und schloß mit einem Hoch auf die Gewerkschaften. Sehr wirkungsvoll war auch ein sehr schön gestaltetes lebendes Bild, das die Lebensarbeit unseres Dr. Max Hirsch veranschaulichte. Auch sonst nahm das Fest einen seiner Bedeutung durchaus würdigen Verlauf.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, NO., Greifswalderstr. 221/223. Mittwoch, 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Olk: Die Teilung Polens. Gäste herzlich willkommen. Gewerkschafts-Liedertafel (G.-L.). 7. von Donnerstag abends 9-11 Uhr. Übungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften (Greifswalderstr. 221/223). Gäste herzlich willkommen. Diskussionsklub Arbeit. Freitag, 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr. Sitzung bei Radau, Wald-

straße 58. Vortrag des Kollegen J. Scharf über: Die erzieherische und wirtschaftliche Gleichberechtigung des Arbeiters. Gäste herzlich willkommen. Sonnabend, 24. Oktober. Maschinenbau- u. Metallarbeiter III. Der Tagabend am 24. fällt aus. Dafür Theaterabend (Sprechvergnügen) in den Prachsälen, Nordwest, Wilschstr. 24. Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Abends 8 1/2 Uhr bei Freiberg, Zeltenerstr. 3. E.-D.: Protokoll Monatsbericht. Vortrag des Kollegen Trabert: „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Werkstattangelegenheiten. Verschiedenes. Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abends 8 1/2 Uhr bei Osw. Berliner, Brunnenstraße 148, Versammlung mit Damen. Vortrag des Redakteurs Kollegen Gleichauf. Bildhauer. Abends 8 1/2 Uhr, Dresdenerstraße 10, 89. Stiftungsfest mit Essen.

Niedorf. Maschinenbau- u. Metallarbeiter II. Sonnabend, 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Desterweg, Hermannstraße 156. E.-D.: 1. Vortrag des Kollegen Jordan über: „Das Invalidenversicherungsgesetz“. 2. Werkstattangelegenheiten. Ortsvereine des Erzgebirges und Voigtlandes. Sonntag, 1. November, nachm. 2 Uhr, Konferenz sämtlicher Ortsvereine im Arbeitervereinshaus, Schopenhauerstr. 10 in Chemnitz. E.-D.: Anstellung eines Bezirksbeamten für das Erzgebirge und Voigtland. Die Ortsvereine werden gebeten, durch einen Delegierten vertreten zu sein.

Orts- und Regionalverbände.

Henne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witz, Schulte-Wittler, Diskussionsklub. Nachen (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Seufter, Ecke Hanemannplatz u. Jülicherstr. — Gumburg (Ortsverb.). Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Poststr., Diskussionsklub. Dresden (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbüchel Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — Brandenburg a. S. (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — Hagen a. M. (Diskussionsklub). Zeit jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. Köln (Diskussionsklub). Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr im Restaurant „Bater Kolping“, Eiferstraße. Gumburg (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — Duisburg

(Ortsverband). Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Diskussionsklub bei R. Eisenburger, Banheimerstraße. — Mülheim a. Ruhr (Ortsverband). 3. den zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — Cottbus (Diskussionsklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinstr. 120. — Leipzig (Gewerkschafts-Liedertafel). Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und himmelbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Lützencheid (Ortsverband). Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsklub im Lokale des Herrn Feinger. Sonntag, 1. November, Ortsverbandversammlung.

Wanderungen bzw. Entschuldigungen zum Adressenverzeichnis.

Barth i. Pom. (Ortsverband). Max Duncker, Hoffender, Gauhestr. 6 II; Alb. Beckmann, Schriftführer, Bahnhofsstr. 554 I; Herm. Lütke, Kassierer, Barthstr. 672.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Beschreibung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht. Der kleine Wanderer. Volkskalender für 1909, 68. Jahrgang. Verlag von C. D. Raupbachs Nachf. in Saynau i. Schl. Preis 15 Pfg. Wiederherd der Deutschen Gewerkschaften. Prologe, Lieder und andere Poesien für Gewerkschaftsfeste. Verlag von C. D. Raupbachs Nachf. in Saynau i. Schl. Preis gebunden 50 Pfg. Bulletin des Internationalen Arbeitsamtes. Band VII, Nr. 4-5. Verlag von Gustav Fischer in Jena. Monarchen und Mammonten. Von Theodor Duimichen. Westfälische Verlagsbuchhandlung in Berlin W. 9. Preis geb. 4,50 Mk., geb. 5,50 Mk. Das Ideal der Freiheit. Von Dr. Fr. Raumann. Buchverlag der „Globe“, G. m. b. H. in Berlin-Schöneberg. Der innere Feind. Grundlegende Wahrheiten wider Weltfrieden und Sozialismus. Von Carl Striwing. Verlag von S. O. S. Pfeiffer in Langensalza. Preis 90 Pfg.

Anzeigen-Zeitung

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Fidelitas.

Zeitschrift, enth. Lustspiele, Solozenzen, Couplets (mit Musik), kom. Vorträge u. dgl. Monatl. 1 Heft, Halbjährl. 2 Mk., Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pfg. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk. C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 Bg.

Essen (Ruhr). Herberge zu Seimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungsstellen im Gewerkschaftsbureau, Strohhäuserstr. 58

Geislingen a. St. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pfg. bei A. Sappert Hauptstraße 48.

Weißensfeld (Ortsverband). Durchreisende arbeitslose Kollegen erhalten Unterführungsstellen bei Ernst Fischer, Leipzigerstraße 28, Schuhmacher u. Lederarbeiter bei Herrmann Rod, Georgenberg 1.

Hamm (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kassierer, Kollegen Paul Koffig, Uhländstr. 9. Durchreisende Mitglieder erhalten 1 Mark Reisegehalt, zugewiesene, arbeitssuchende Mitglieder erhalten eine Karte für Abendessen, Nachtlosges und Frühstück.

M.-Glabbach-Meyndt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jedes Berufes erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung im Gewerkschaftsbureau, Ecke Kürperstr. und Söfenstr. 1, in nächster Nähe des Bahnhofs. Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten, werden kostenlos an jedermann erteilt.

Baunzen. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei E. Serbe, Wendischgergraben 84.

Barth (Ortsverband). Durchreis. Gewerkschaftsmitglieder erh. 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Herm. Lütke, Barthstr. 672. Arbeitsnachweis daselbst.

Nachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1,25 Mk. auf dem Arbeiterfesttarif Nachen, Bahnhofstr. 71.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Zeitschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Sahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg. Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch. 160x280 mm. Preis 50 Pfg. Zeitfaben zum Gewerbevertragsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg. Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg. Geschichte der Deutschen Gewerkschaften von Karl Goldschmidt. Der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerkschafter 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk. Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkschaften. — Zeitschrift zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark. Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Zeitschriften, wie auch Bücher und Schriften jeder Art für die Betriebsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen. Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird. Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Stellenlose

Handelshilfsarbeiter, Hausdiener, Facker u. erhalten Stellung nachzuweisen durch den Arbeitsnachweis unseres Ortsvereins der Handelshilfsarbeiter. Meldungen an den Kollegen Hilbert, Berlin SW., Kochstraße 56.

Wilhelmshaven (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten in den Herbergen zur Heimat I und II freies Nachtquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, G. Sübende, Bant, Goethestr. 7.

Göppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten Nachtquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei S. Stähler, Bahnhofstr. 18.

Posen (Ortsverband) gewährt Durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterführung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei Friedrich Ehrlich, Breslauerstr. 20.

Eisenach (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder erhalten Verpflegung und Nachtquartier. Meldungen beim Ortsverbandskassierer E. D. u. S. G. t. m. n. Wiesenstr. 10.

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt: Weltanschauung und Arbeiterbewegung. Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkfreunde. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 28,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk. Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich. Ein Leitfaben für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908. Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk. Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder! Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die Frauen-Begräbnisliste des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften. Eintrittsgeld 25 Pfg. Ausnahme vom 15. bis 45. Jahre. Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewünschten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Pfg. Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen. Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.